



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Personalangelegenheiten am 10.01.2018
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:37 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Ausschussvorsitzender
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) i. V. von Herrn Krause
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter Finanzen und Personal
Marcel Thau	Referent GB I
Christine Hahnemann	Fachbereichsleiterin Personal
Gesine Präkelt	Abteilungsleiterin Personal und IT-Controlling
Steffen Ruppe	Sonderprojekte und übergreifende Themen
Uta Rylke	Stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
-----------------	----------------------------------

zu Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohnerinnen und Einwohner zur Fragestunde gekommen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten wurde von **Herrn Töpfer, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Herr Töpfer stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Änderungen zur Tagesordnung gab, rief Herr Töpfer zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 02.11.2017
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 29.11.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 02.11.2017

Der Niederschrift vom 02.11.2017 wurde ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 29.11.2017

Der Niederschrift vom 29.11.2017 wurde ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Töpfer wies darauf hin, dass die nicht öffentlichen Beschlüsse vom 29.11.2017 an der Tür öffentlich ausgehängen wurden. Diese werden noch im Amtsblatt veröffentlicht.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

zu 8 Mitteilungen

Es lagen keine Mitteilungen vor.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage Herr Wolter zum Mitarbeiterbedarf im Ordnungsamt

Herr Wolter sprach an, dass er in der Sitzung vom 29.11.2017 eine Übersicht zu den Dienstzeiten des Ordnungsamtes unterteilt nach verschiedenen Details verlangt hat. Diese Übersicht liegt dem Ausschuss nicht vor.

Herr Geier wies darauf hin, dass dies als Anregung am 29.11.2017 eingebracht worden ist.

Herr Wolter widersprach und erklärte, dass er dies als Aufforderung gesehen hat.

Herr Geier sagte zu, dies mit dem Oberbürgermeister zu besprechen.

zu 9.2 Anfrage Frau Nagel Brückentage Stadtverwaltung 2018

Frau Nagel fragte zu den Brückentagen in der Stadtverwaltung 2018 an, da dies nur zwei Tage sind. Ein Teil der Verwaltung wie bspw. das Ordnungsamt, die Stadtbibliothek und Musikbibliothek arbeiten an diesen Tagen. Hat die Stadtverwaltung Überlegungen dazu angestellt, ob man dieses Jahr diese freien Tage ausweitet?

Herr Geier erklärte, dass die Abfrage an jeden Geschäftsbereich geht und dann die Rückmeldungen erfolgen, wer während der Betriebsferien für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ansprechbar ist.

Im Fall der Stadtbibliothek geht er davon aus, dass Frau Dr. Marquardt dies in ihrem Geschäftsbereich besprochen hat. Er vermutet, dass aus der Stadtbibliothek selbst der Vorschlag gekommen ist, während der Betriebsferien zu öffnen, da der Bedarf in der Bevölkerung da ist.

zu 9.3 Anfrage Herr Senius zu Einarbeitungszeiten für mittleres Managementpersonal

Herr Senius fragte, ob im Rahmen der Einarbeitung von Führungskräften von mittleren Managementpositionen es vorstellbar ist, dass es Hospitationen oder längere Einarbeitungsphasen in kommunalen Beteiligungen für Verwaltungsmitarbeiter gibt.

Herr Geier bejahte dies.

Herr Senius wollte wissen, ob dies bereits praktiziert wird oder dies vorgesehen ist und wenn ja, in welchem Umfang.

Herr Geier sagte zu, dass dies in der Verwaltung nochmals besprochen wird, wo dies sinnvoll eingeführt werden kann.

Herr Senius bat darum, dass in einiger Zeit dazu berichtet werden sollte, in welchem Umfang dies durchgeführt wurde und welche Erfahrungen damit gemacht wurden.

zu 9.4 Anfrage Herr Wolter zur Planung der Summe zur globalen Minderausgabe Personalkosten 2018

Herr Wolter dankte für die Zuarbeit zu seiner Anfrage bezüglich der Langzeiterkrankten.

Für ihn stellt sich die Frage, mit welchen Planzahlen in das Jahr 2018 gegangen wird. Es ist bisher eine Steigerung von Jahr zu Jahr passiert, ist da eine höhere Summe für 2018 hierzu vorgesehen?

Frau Hahnemann antwortete, dass für das Jahr 2018 mit 5,3 Millionen insgesamt für die globale Minderung in die Haushaltsplanung gegangen wurde. Das Thema Langzeiterkrankung kann nicht geplant werden.

Durch **Herrn Wolter** wurde nachgefragt, mit welchem Prozentsatz weitergearbeitet wird, da ja für 2018 von einer weiteren Steigerung von Langzeiterkrankungen auf Grund des Altersdurchschnitts der Verwaltung ausgegangen werden muss. Konkret möchte er wissen, mit welcher Summe für 2018 geplant worden ist.

Frau Hahnemann erklärte, dass nicht mit einer Summe für Langzeiterkrankte geplant wurde, da ab der 6. Woche einer Krankschreibung eine Krankengeldfortzahlung passiert und die Verwaltung bemüht ist, eine befristete Beschäftigung für diese Langzeiterkrankung sicherzustellen.

zu 9.5 Anfrage Herr Wolter zur Genehmigung des Haushalts 2018

Herr Wolter wollte wissen, ob bereits eine Genehmigung des Haushalts 2018 vom Landesverwaltungsamt vorliegt.

Herr Geier verneinte dies.

zu 9.6 Anfrage Herr Wolter zu Sachkosten bestätigter Personalstellen

Herr Wolter fragte nach der Sachkostenbereitstellung für neu bestätigte Personalstellen, da dies offensichtlich noch nicht geklärt scheint. Konkret benannte er hier das Stadtarchiv, da die neuen Stellen nicht arbeitsfähig sind, weil die Sachkosten fehlen. Welche Verfahrensweise gibt es?

Herr Geier antwortete, dass es beim Stellenplan 2018 für noch nicht bestätigte Personalstellen so ist, dass die alten Stellen weiter normal bewirtschaftet werden und die neuen Stellen erst bewirtschaftet werden, wenn die Genehmigung da ist.

Frau Hahnemann fügte hinzu, dass ihr im Stadtarchiv nur eine Volontärstelle bekannt ist, die neu geschaffen wurde und da wird die Technik zur Verfügung gestellt, wenn der Volontär kommt.

Herr Wolter fragte, ob es ein Sachkostenbudget für die einzelnen Bereiche dann gibt, wo dies entsprechend zugeordnet wird.

Frau Hahnemann erwiderte, dass dies in der Verantwortung des jeweiligen Fachbereiches liegt. Dieser beantragt die Schaffung von neuen Stellen und gleichzeitig wird die Sachmittelausstattung beantragt.

zu 9.7 **Anfrage Herr Rupsch zur Ausländerbehörde**

Durch **Herrn Rupsch** wurde zu der Stellenausschreibung im Bereich Asylwesen nachgefragt.

Hier wurde vermerkt, dass eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit nicht möglich ist. Was ist der konkrete Grund hierfür?

Frau Hahnemann erklärte, dass die Verwaltung im Bereich Ausländerbehörde bestrebt ist, Vollzeitbeschäftigte zu haben. Dies wird nicht als Verstoß gegen das Teilzeitbefristungsgesetz gesehen. In der Organisationshoheit des Arbeitgebers wird gesehen, dass in diesem Bereich eine Vollzeitbeschäftigung sehr sinnvoll ist.

Herr Rupsch fragte nach der speziellen Begründung, warum eine Vollzeitbeschäftigung für diesen Bereich als sinnvoll erachtet wird.

Es wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

zu 9.8 **Anfrage Frau Krischok zu Stellenausschreibungen**

Frau Krischok sprach an, dass eine Ausschreibung für die Stelle Sachbearbeiter/-in Friedhofsentwicklungsplanung erfolgte. Das wurde auch beschlossen und die Stelle sollte ab 01.Januar 2018 besetzt sein. Andererseits wurden noch andere Stellen beschlossen, wie bspw. die Stelle für den Präventionsrat, die bisher noch nicht ausgeschrieben worden sind. Soweit sie Herrn Geier verstanden hat, wird dies mit Genehmigung des Haushalts erfolgen. Werden die Stellenausschreibungen bereits so vorbereitet, dass bei einer erfolgten Genehmigung des Haushalts umgehend veröffentlicht werden kann? Sie wollte den aktuellen Stand hierzu wissen.

Herr Geier antwortete, dass der Haushalt am 22.12.2017 beim Landesverwaltungsamt eingereicht wurde und vier Wochen Zeit für die Genehmigung besteht, so dass dies am 21.01.2018 sein würde. Allerdings kann es noch Nachfragen vom Landesverwaltungsamt geben oder diese beantragen eine Fristverlängerung, das kann er gegenwärtig nicht einschätzen.

Zu einer Stellenausschreibung muss der notwendige fachlich inhaltliche Teil von dem zuständigen Fachbereich an den Personalbereich gegeben werden, so dass die Ausschreibung durch den Fachbereich Personal vorbereitet werden kann.

Durch **Frau Krischok** wurde nachgefragt, wieso die Ausschreibung der Stelle Friedhofsentwicklungsplanung bereits erfolgte, wenn dies bei anderen Stellenausschreibungen von der Genehmigung des Haushalts abhängig gemacht wird. Diesen Widerspruch bat sie aufzuklären.

Frau Hahnemann verwies auf die Unterscheidung des Verfahrens der Stellenausschreibung von dem Verfahren der Stellenbesetzung. Neue Stellen dürfen erst besetzt werden, wenn der Haushalt genehmigt ist. Stellenausschreibungen werden unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts 2018 ausgeschrieben.

Frau Krischok bat darum, dass dann alle beschlossenen Stellen, vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung, sofort ausgeschrieben werden.

Herr Geier erwiderte, dass dies so nicht durchgeführt wird. Er wird sich zu der Ausschreibung der Stelle Sachbearbeiter/-in Friedhofsentwicklungsplanung kundig machen, wie hier die Zusammenhänge zu sehen sind.

zu 10 **Anregungen**

zu 10.1 **Anregung Herr Doege zur Fortschreibung Personalentwicklungskonzept**

Herr Doege sprach an, dass in der letzten Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke es Unterlagen und Ausführungen zu deren Personalentwicklungskonzept gegeben hat. Ihn haben diese Unterlagen sehr überzeugt und einiges davon hält er für die Stadtverwaltung für geeignet.

Da Stadtverwaltung und Stadtwerke sehr kooperativ miteinander umgehen, regte er an, dass die Stadtverwaltung dazu Kontakt zu dem Personalbereich der Stadtwerke aufnimmt und gegebenenfalls die Unterlagen der Stadtverwaltung optimiert.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Töpfer** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Gernot Töpfer
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
stellv. Protokollführerin